

## Haushalt 2023

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

heute Abend steht die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2023 auf der Tagesordnung. Dem heute zur Verabschiedung stehenden Haushaltsplan sind wieder etliche Vorberatungen und Diskussionen im Gemeinderat vorausgegangen. Dennoch ist dieses Jahr vieles anders, denn die „Zeitenwende“ im Februar 2022 hat in allen Bereichen ihre Spuren hinterlassen und zwingt den Gemeinderat und die Verwaltung dazu, vorerst auf Sicht zu fahren und den bereits angestoßenen Maßnahmen und deren Umsetzung Priorität einzuräumen.

Der Ergebnishaushalt weist das vierte Jahr in Folge einen Fehlbetrag auf. Die Fragestellung lautet daher, wie kann ein Haushaltsausgleich bei den vielen Krisen und erheblichen Mehrbelastungen, die in den letzten Jahren an den Kommunen hängen geblieben sind, tatsächlich realisiert werden. Die Spielräume werden enger. Nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine und die damit ausgelöste Zeitenwende am Energie- und am Zinsmarkt, stehen auch die Kommunen dauerhaft vor finanziellen Herausforderungen, weil es keine schnelle Möglichkeit gibt, wie gegengesteuert werden kann.

Die eine Möglichkeit ist, auf der Einnahmeseite zu prüfen, ob hier die Chance einer dauerhaften Erhöhung der Einnahmen besteht. Die direkt beeinflussbaren gemeindeeigenen Steuern, wie Grundsteuer, Gewerbesteuer oder Hundesteuer, wurden bereits im Jahr 2022 mit teilweise erheblichen Sprüngen angepasst.

Bei der Grundsteuer ist es insbesondere wegen der aktuell laufenden Umsetzung der Grundsteuerreform zum 01.01.2025 und deren noch nicht genau kalkulierbarer Höhe der künftigen Einnahmen, nicht angezeigt, zu dem großen Schritt im Jahr 2022, noch weitere Erhöhungen anzustoßen.

Die Gewerbetreibenden leiden aktuell in gleicher Weise, wie die Gemeinden, unter hohen Energiepreisen, teuren Waren- und Bezugspreisen und einem immer dramatischeren Fachkräftemangel. Es ist kaum noch ein Gewerbe zu finden, in welchem nicht mit sehr auffälligen Werbeanzeigen nach Arbeitskräften gesucht wird. In dieser Situation die Gewerbesteuern anzuheben, vor allem so anzuheben, dass es auch einen nachhaltigen Effekt auf die Haushaltssituation hat, scheint nicht vertretbar. Zudem dürfte sich die Einnahme aus der Gewerbesteuer gegenüber den Vor-Corona-Jahren bis 2019 dauerhaft um mindestens rund 1,5 mio Euro, von ca. 5,5 mio im Jahr 2019 auf knapp 4 mio im Jahr 2022 absenken. Die Prognose liegt hier dauerhaft bei Einnahmen von 3,5 mio bis max 4 mio, es ist davon auszugehen, dass bei der Gewerbesteuer dauerhaft mindestens 1-1,5 mio Euro gegenüber den Vor-Corona-Jahren fehlen.

Die Hundesteuer wurde ebenfalls erst 2022 erhöht und eine weitere Erhöhung würde in der Gesamtbetrachtung des Haushalts nicht weiter ins Gewicht fallen, so dass dies auch nicht weiter verfolgt wurde.

Die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich sind erfreulicherweise erheblich angestiegen und hier besteht auch begründete Hoffnung, dass die Ausgleichszahlungen im höheren Bereich stabil bleiben, auch wenn die Ausgleichszahlungen nur mittelbar von der Gemeinde beeinflusst werden können.

Auf der Ausgabenseite ist zunächst die gestiegene Kreisumlage zu betrachten. Eine Steigerung um knapp 3 Prozentpunkte, von 29,5% auf 32,4 %, was mit einer Summe von 340.000 € Mehrausgaben zu

Buche schlägt. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben des Landkreises und der immer höheren Aufwendungen auf Landkreisebene, ist dauerhaft mit einer mindestens so hohen Kreisumlage wie 2023 zu rechnen, realistisch dürfte sein, dass diese in den kommenden Jahren noch weiter ansteigt.

Die Personalausgaben sind durch die Übernahme des Kindergartens Neuhengstett aus kirchlicher Trägerschaft angestiegen. Dazu die tariflichen Lohnsteigerungen für alle Beschäftigten. Dies führt alles in allem jedoch zu nachvollziehbaren Steigerungen im Bereich der Personalkosten, welche insoweit auch nicht gekürzt oder eingespart werden können. Neue Stellen sind vorerst nicht vorgesehen. Die Stelle des Klimaanpassungsmanagers wird in erheblichem Umfang aus Fördermitteln finanziert. Gleichzeitig bedeutet dieser Umstand jedoch auch, dass für weitere Personalaufstockungen in den kommenden Jahren kaum Spielraum besteht.

Die Gemeinde wird im laufenden Jahr und wohl recht sicher auch darüber hinaus, deutliche Mehrausgaben im Bereich der Kosten für Energie bei den gemeindeeigenen Gebäuden haben. Eine Absenkung der Kosten wird nur durch gezielte Einsparungen von Verbräuchen kurzfristig zu realisieren sein. Dass kalte Klassenzimmer und Amtsstuben, reduzierte Temperaturen im Hallenbad und das Abschalten von warmem Wasser in den Sanitäranlagen des Sportzentrums, nicht beliebig nach unten reguliert werden können und gewissermaßen natürliche Grenzen haben, war im jetzt zu Ende gehenden Winter festzustellen.

Die Zinskosten für die Gemeinde sind binnen eines Jahres genau so stark gestiegen, wie für die Privathaushalte. Konnten Anfang 2022 noch Kredite zu einem Zinssatz von 0 – 0,5 Prozent im kommunalen Bereich abgeschlossen werden, liegen diese Kredite aktuell auch über 3,5 Prozent bis hin zu 4 Prozent. Wie weit die Zinsen und damit die Belastungen für den kommunalen Haushalt in den kommenden Jahren steigen, ist heute noch nicht bekannt und Gegenstand von Spekulationen. Eher sicher dürfte sein, dass das aktuell erreichte Zinsniveau vorläufig nicht mehr deutlich absinken wird und mindestens mit jährlichen Zinsbelastungen auf dem aktuellen Niveau gerechnet werden muss.

Dies gilt selbstverständlich nicht, für die in der Vergangenheit bereits günstig finanzierten Vorhaben wie Gerhard-Schanz-Sportzentrum oder Kindergarten Poststraße mit einer festen und teilweise langen Laufzeit aber das aktuelle Zinsniveau wird für alle Vorhaben einzupreisen sein, die noch neu angestoßen werden und über Kredite finanziert werden müssen. Zu denken ist hier an den geplanten Schulhausanbau der Grundschule Althengstett, den Neubau der Feuerwehr Ottenbronn oder auch einer Erweiterung der Gemeinschaftsschule/ Realschule. Auch wenn dieses Projekt aus dem Topf des Nachbarschaftsschulverbandes zu bezahlen ist, wird die Gemeinde Althengstett, den auf sie entfallenden Anteil, nur über Kredite finanzieren können.

In den vergangenen Jahren wurde rückblickend, sinnvoll und vorausschauend investiert. Das historische Zinstief wurde ausgenutzt, um den Bürgern ein neues Sportzentrum mit generalsaniertem Hallenbad zur Verfügung zu stellen oder auch den Kindern ein neuer und ansprechender Kindergartenbau in der Poststraße ermöglicht. In den Ortsmitten wurden städtebauliche Sanierungen durchgeführt und ein Mehrwert an Lebensqualität für alle geschaffen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, wegen der gerade beschriebenen Herausforderungen bei der Finanzierung, Mindereinnahmen und höhere Fixkosten, wird es im Tempo der vergangenen Jahre nicht weitergehen können. Vergessen werden darf keinesfalls, dass die vorhandene Infrastruktur auch weiterhin und nachhaltig ausgebessert und erneuert werden muss.

Wie jedes Jahr, so sei auch dieses Jahr wieder exemplarisch das Kanalnetz der Gemeinde genannt. Wasserrohrbrüche, defekte Schieber und Eindringen von Fremdwasser sind nach wie vor ein andauerndes Problem im Kanalnetz, welches nicht mit einer Einzelmaßnahme behoben werden kann. Hier werden kontinuierliche Investitionen, Jahr für Jahr, erforderlich sein. Geld, welches ebenso wie die

gestiegenen Zinsbelastungen, dauerhaft eingeplant werden muss und für andere Maßnahmen nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Auch wird man an den gemeindeeigenen Gebäuden weiter investieren und den bereits guten Stand bei der Umsetzung von energetischen Gebäudesanierungen, weiter fortführen müssen.

Die Abhängigkeit von Öl und Gas und die drängenden erforderlichen Klimamaßnahmen, werden in den nächsten Jahren dazu führen, dass auch die Gemeinde über dezentrale Netze der Energieversorgung nachdenken und ggf. dort, in welcher Rechts- und Beteiligungsform und mit welchen Partnern auch immer, investieren muss. Es existieren in der Gemeinde sehr viele ältere Baugebiete, die zu großen Teilen mit Öl und Gas heizen und bei denen eine klimafreundliche Umstellung erforderlich werden wird. Der generelle Einbau von Wärmepumpen in die Bestandsbauten kann für diese Wohngebiete nicht die einzige verbleibende Lösung sein. Man wird über gebietsbezogene Maßnahmen, den Aufbau von Versorgungsnetzen und ähnlichem nachdenken müssen, um die vorhandene Infrastruktur weiter sinnvoll nutzen zu können. Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage und dem Ziel der Klimaneutralität, sind Maßnahmen hier in jedem Fall angezeigt. Vorschläge, die in der Vergangenheit mit dem Verweis auf die fehlende Wirtschaftlichkeit abgelehnt worden sind, insbesondere weil der Vergleichsfaktor durch den Bezug von günstigem Gas beeinflusst wurde, sind angesichts der aktuellen Lage nochmals neu zu berechnen und zu bewerten. Zudem spielen die Frage nach sauberer, bezahlbarer und unabhängiger Energie heute eine wesentlich größere Rolle, als vor 10-15 Jahren. Damals orientierte sich die wirtschaftliche Tragfähigkeit einer Maßnahme nahezu ausschließlich am Preis.

Überlegenswert wäre hier weiter, ob auch die Gemeinde zusammen mit der Bürgerschaft in einen Energiepark investieren kann und beispielsweise in einem genossenschaftlichen Modell Stromgewinnung durch Wind- und Sonnenenergie selbst fördert, statt auf einen ungeliebten Investor zu warten.

Ein weiterer Bereich, bei dem mittelfristig auch noch Einsparpotentiale bestehen, ist die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Gemeindeverwaltungsverband. Dies wird bislang schon in einzelnen Bereichen umgesetzt, jedoch denken wir, dass im Zuge der digitalen Vernetzung und des auch in der Verwaltung anhaltenden Fachkräftemangels, die Frage, wo der Schreibtisch steht, nicht mehr die zentrale Rolle spielt, sondern welche Aufgaben von welchen Mitarbeitern geleistet werden können. Warum soll aus dem Gemeindeverwaltungsverband mittel- bis langfristig nicht auch eine Verwaltungsgemeinschaft werden können?

Bei den angestoßenen Baugebieten Brunnenstraße und Wasenäcker ist zu hoffen, dass eine vollständige und zügige Realisierung möglich ist, denn der Wohnraum wird dringend benötigt. In der Brunnenstraße sind die privaten Bauvorhaben schon deutlich weiter vorangeschritten, trotzdem ist hier zu hoffen, dass der Einbruch am Immobilienmarkt wegen der drastischen Zinssteigerungen, die restlichen, noch nicht umgesetzten Projekte, nicht nachhaltig gefährdet. In Ottenbronn ist die Ungewissheit hier noch viel größer, denn die Umsetzung steht noch bevor und die Baukosten nebst Zinsen, sind für alle gestiegen.

Gerade deshalb wird es auch wichtig sein, die formal in Gründung befindliche Wohnbaugesellschaft, mit Leben zu füllen und Projekte anzustoßen, die ein günstiges Wohnen ermöglichen.

Die Planungen sind in jedem Fall im Bereich der Ortsmitte Neuhengstett weiterzuführen. Hier gilt es, nach Abschluss der laufenden Investitionen, den Fokus darauf zu richten, wie die Ortsmitte in den nächsten 10 Jahren modernisiert und umgebaut werden kann. Wünschenswert wäre, wenn dort zusätzlicher Einzelhandel angesiedelt werden könnte und wenn es gelingen würde, auch im Bereich der Pflege (betreutes Wohnen, Pflegeheim, Tagespflege) eine gute Lösung zu finden.

Keinesfalls sollten Abstriche bei der vorhandenen Infrastruktur im Bereich der Kindergärten und der Schulkindbetreuung gemacht werden. Die Vielfalt der Angebote und die Umsetzung vor Ort, sind Vorbild für viele andere Gemeinden und müssen aufrecht erhalten werden.

Auch wenn die Haushaltslage derzeit schwierig ist, die Prognosen für die kommenden Jahre keine Euphorie auslösen und unberechenbar bleiben, so ist der vorgelegte Haushaltsplan ein Werk, welches nach gründlicher Diskussion, der Abwägung vieler pro und contra Argumente zustande kam und nach unserer Sicht alle vertretbaren Möglichkeiten zur Einsparung berücksichtigt. Daher werden wir dem Haushaltsplan in der vorgelegten Form zustimmen.

Für die CDU

Rüdiger Klahm